DKP
Deutsche Kommunistische Partei
Baden-Württemberg

Geplanter Staatsstreich durch Kapital und Kabinett?

Die geheimen Verhandlungen über die „transatlantische Freihandelszone“ (TTIP)

Im Konkurrenzkampf der miteinander verflochtenen großen Banken und Konzerne, wird Profit zu Macht und Macht zu Profit. Wer die größten Gewinne einstreicht, wird am mächtigsten und umgekehrt hat der Mächtigste die besten Voraussetzungen, Maximalprofite zu erzielen. Da bleibt für demokratische Kinkerlitzchen und Sozialklimbim kein Spielraum mehr. Die alte Volksweisheit „Geld regiert die Welt!“ gewinnt völlig neue Dimensionen.

Da bleibt für demokratische Kinkerlitzchen und Sozialklimbim kein Spielraum mehr.

Dass die Regierungen der reichsten Länder im Auftrag der reichsten Banken und Konzerne ihre Aggressionsarmeen in alle Welt schicken, um ihre Machtsphären auszudehnen, Absatzmärkte, Handelswege, Rohstoffquellen zu erobern, ist schon zur alltäglichen „Normalität“ geworden.

Dass Exportüberschüsse nur noch erzielt werden können, weil sich Banken und Konzerne gegenseitig ungedeckte Schecks ausstellen, die sie sich dann von der Bevölkerung in Form von Reallohnverlust, von Sozialabbau und durch Enteignung (bisher noch) gesellschaftlichen Eigentums (z.B. Betriebe der öffentlichen Daseinsvorsorge) einlösen lassen, hat sich herumgesprochen. Auch dass dies die Bevölkerung in den sogenannten „Gläubigerländern“ gleichermaßen betrifft, wie die in den „Schuldnerländern“.

Nichts ist vor den staatsmonopolistischen Räuberhorden sicher.

Vielhundertfache Milliardenbeträge überweisen die Regierungen für „Bankenrettungsmaßnahmen“ und andere Konzernsubventionen und drücken dann bei den Sozialausgaben auf die „Schuldenbremse“.

Karikatur: Bernd Bücking

Bildung, Gesundheitswesen, Wasser, Verkehrsmittel, Rohstoffe, Steuereinkommen und, und, und … betrachten sie unverfroren als ihnen zustehendes Eigentum.

Aber es gibt immer wieder Beispiele, wo dieser Raffgier Widerstand entgegengesetzt wird.

Gefahr droht den Profitgeiern, wenn Menschen massenhaft statt scheindemokratisch verbrämter Formaldemokratie echte Demokratie (Volksherrschaft) einfordern.

Dagegen wollen sie sich absichern.

Die mächtigsten Kapitalgruppen und ihre Staaten wollen sowohl Schutzwälle gegen demokratischen Widerstand errichten, wie auch anderen Staaten ihre Spielregeln (nun auch vertraglich-formaljuristisch) aufzwingen. Darum geht es bei den geheimen Verhandlungen, die unter Ausschluss der Öffentlichkeit (aber unter Federführung von über 600 Lobbyisten der mächtigsten Kapitalisten-Vereinigungen) derzeit stattfinden.

Das Geschwätz über „positive Arbeitsmarkterwartungen“ soll über den wahren Charakter dieser Verhandlungen hinwegtäuschen. Das Wenige, das von den geheimen Verhandlungen an die Öffentlichkeit gedrungen ist, ist alarmierend genug.

Konzerne sollen künftig Regierungen auf entgangene Gewinne verklagen können, wenn diese Gesetze oder Verordnungen erlassen, die die erwarteten Profite schmälern könnten. Oder wenn sie Ihre Gesetzgebung nicht an Maximalprofitbedingungen anpassen. Oder wenn Gerichte oder Kommunen oder Massenbewegungen (und sei es auch nur punktuell) der ungebremsten Profigier einen Riegel vorschieben.

Es liest sich wie ein Horrorkatalog, ist aber wahr: Alle Bereiche sind betroffen.

Es geht um die „unternehmerische Freiheit“,

- Lebensmittel gen- zu manipulieren, mit Antibiotika und anderen Giftstoffen zu belasten, die Grenzwerte nicht gesundheits- sondern profitorientiert zu bestimmen usw.
- die Umwelt völlig unkontrolliert zerstören zu können. Das betrifft Energieversorgung (Atomindustrie, Fracking, Klimaschutz) genauso wie Gewässerschutz usw.
- das Sozialwesen zu demontieren, die gesamte öffentliche Daseinsvorsorge profitabhängig zu machen.
- öffentliche Auftragsvergaben jeglicher demokratischen Kontrolle zu entziehen
- soziale Gesetze, z.B. Mindestlohn zu unterlaufen, arbeitsrechtliche Schutzbestimmungen für die Beschäftigten zu torpedieren, Lohn- und Sozialdumping in neuer Qualität zu betreiben
- die letzten Rechte formalen Datenschutzes auszuhebeln
- die demagogisch proklamierten Absichtserklärungen zur Finanzkontrolle zu den Akten zu legen. Stichworte: Verbot von Risikogeschäften, Sparerschutz, Finanztransaktionssteuer
- alles öffentliche Eigentum einschließlich Land und Rohstoffe vorbehaltslos privatkapitalistisch ausbeuten zu können

Das Alles soll so festgezurrt werden, dass es faktisch nicht zurücknehmbar wird.
„Korrektur nur wenn alle beteiligten Staaten das wollen!“

Und in Streitfällen sollen Schiedsgerichte, bestehend aus den Anwaltskanzleien der Großkonzerne und Großbanken ohne Berufungsmöglichkeiten verbindlich entscheiden können. „Der Bock als Gärtner!“

Alle Staatgewalt geht vom Großkapital aus.

Was in der Praxis schon lange (schlecht verschleiert) gang und gäbe ist, würde nach TTIP zur hochoffiziellen Gesetzesdoktrin.

Das wäre nichts Anderes als ein Staatsstreich, der die letzten Reste formaler Demokratie unter den Teppich kehrt. Dagegen gilt es, alle Kräfte zu mobilisieren. Bereits vor fünfzehn Jahren ist ein ähnlicher Vorstoß am demokratischen Widerstand gescheitert. Das muss jetzt erneut geschehen.

DKP
Deutsche Kommunistische Partei

V.i.S.d.P.
DKP Baden-Württemberg
Böblinger Str. 105, 70199 Stuttgart
Klaus Mausner